

Aufräumsitzung mit Brisanz

Der scheidende Grossratspräsident Giezendanner begrüßte den Rat zur letzten Sitzung dieses Jahres. Normalerweise werden an dieser Sitzung „lediglich“ noch unbestrittene Traktanden auf- und abgearbeitet. Mit dem Dekret zur Prämienverbilligung stand jedoch schon bald ein Traktandum zur Behandlung, welches im Rat sehr umstritten war. Mit einem Kantonsbeitrag von 106 Mio. im Jahr 2019, wie es der Regierungsrat vorschlägt, beträgt der Kantonsanteil an der errechneten Gesamtprämienverbilligungssumme von 333 Mio. nur noch 31,8%. Im Jahr 2015 betrug diese noch 41,1%. Mit diesem Kantonsanteil liegt der Aargau im unteren Drittel der Skala. Aus Sicht des Regierungsrates müsste für eine bedarfsgerechte Prämienverbilligung die Gesamtprämienverbilligungssumme auf 348 Mio. erhöht werden. Damit würde sich der Kantonsbeitrag parallel zum Bundesbeitrag und damit zur Kostensteigerung bewegen. Trotzdem, schlug dieser vor, aufgrund der klammen finanziellen Verhältnisse, diese auf 106 Mio. zu begrenzen. Dies war jedoch der Mehrheit des Rates (CVP / FDP / SVP) immer noch zu hoch. Mit 83:50 Stimmen kürzte diese den Betrag gegen die Stimmen der SP / Grünen / GLP + EVP auf 96 Mio. Die Richtplananpassung zur Verminderung der Fruchtfolgeflechte durch die geplante Umfahrung Mellingen gab ebenfalls viel zu reden. Dieser Antrag wurde nötig, weil durch ein Bundesgerichtsurteil der Projektverlauf um ca. 7m verschoben werden musste. Dies führt dazu, dass es zu einer Verminderung der Fruchtfolgeflechte von 2,7ha auf 4,34ha kommt. Einige mögen sich vielleicht noch erinnern, dass diesem Projekt im Mai 2011 im Rahmen einer Volksabstimmung zugestimmt wurde. Im Rat fand die Anpassung mit 89:24 (bei vielen Enthaltungen) eine Mehrheit. Zwei Vorstösse betrafen unsere AKB. In einer Motion verlangte die SVP die Abschaffung der Staatsgarantie für die Aargauische Kantonbank. Der Regierungsrat lehnte die Motion ab, war aber bereit diese als Postulat zur Prüfung zu übernehmen. Der Rat war mit der Überweisung als Postulat einverstanden. Auch ein Postulat der FDP Fraktion welche die Schaffung einer Übersicht zu den bis zum heutigen Zeitpunkt erfolgten Privatisierungen sowie zur Abschaffung der Staatsgarantie von Kantonbanken in der Schweiz forderte, wurde vom Rat überwiesen. Nach der Schlussansprache des Präsidenten traf sich der Grosse Rat noch zu einem „Abschiedsapéro“ im Foyer.

Roland Agustoni, GLP Grossrat, Rheinfelden